

„Liesels und Peters Alpträume“

Die nicht erst seit gestern völlig aus dem Ruder gelaufene Asylpolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union gibt in der Tat Anlass zu ernster Sorge, vor allen Dingen deshalb, weil ein konkreter Lösungsansatz selbst für die allergrößten Optimisten nicht mehr erkennbar ist. Bestehendes Recht wird millionenfach gebrochen. Die Sicherung der europäischen Außengrenzen funktioniert nicht mehr. Vor allem nach dem Signal der deutschen Bundeskanzlerin Anfang September letzten Jahres, die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge unbürokratisch in unserem Land willkommen zu heißen, führte und führt bis heute zu einer wahren Völkerwanderung. Innerhalb weniger Monate kamen über die sogenannte Balkanroute weit mehr als 1 Million Flüchtlinge. Dass so viele ihr Heil gerade in unserem Land suchen, hat unterschiedliche Ursachen, an denen die aktuelle Bundesregierung nicht unschuldig ist. Erstens hat sie und die internationale Staatengemeinschaft es versäumt, die Flüchtlingslager in Jordanien, im Libanon und in der Türkei, anständig zu unterstützen, damit die Flüchtlinge dort, nahe ihrer Heimat, überleben können. Eine menschwürdige Unterbringung kostet dort pro Flüchtling laut UN 30 EUR im Monat, während in unserem Land Kosten in Höhe von durchschnittlich 1.250 EUR pro Monat und Flüchtling anfallen. Zuletzt standen für die Flüchtlingsbetreuung vor Ort, wegen Mittelkürzungen, nur noch 12 EUR im Monat zur Verfügung. Das ist beschämend und objektiv betrachtet zum Leben zu wenig. Der zweite wichtige Punkt für die extrem angestiegenen Flüchtlingszahlen ist unserem finanziell gut ausgestatteten, aber hochkomplizierten Asylrecht geschuldet, mit langwieriger Entscheidungsfindung und juristischem Rechtsanspruch, dass einem Massenansturm einfach nicht gewachsen ist. So sind schnelle Wiederabschiebungen bei unbegründetem Asylantrag de facto nicht möglich. Die politisch Verantwortlichen in diesem Land, sind bedauerlicherweise derart parteipolitisch verblendet, dass eine gemeinsame Lösung des Problems nicht mehr möglich erscheint. Um es klar zu sagen, Grenzsicherung und Asylrecht sind alleinige Aufgabe der deutschen Bundesregierung, bzw. des Bundestages und nicht des Riedenburger Bürgermeisters samt Stadtrat, um den Bogen wieder zu Liesels und Peter Hugendicks Alptraum zu spannen.

Im Zusammenhang mit einem Facebook-Beitrag des Bürgermeisters, der nach Meinung einer fraktions- und parteiübergreifenden Stadtratsmehrheit mit seinem, teils archaischem Inhalt, die Grenze des guten Geschmacks überschritten hat, wurde er aufgefordert, den Sachverhalt in einer möglichst baldigen Stadtratssitzung aufzuklären, bzw. klar zu stellen. Dies hat gar nichts mit guter oder schlechter Zusammenarbeit zu tun – im Gegenteil: wir von der Bürgerliste arbeiten, nach Anfangsschwierigkeiten zu Beginn der Legislaturperiode, hervorragend mit dem Bürgermeister und der Verwaltung zusammen. Die BGR-Fraktion ist geradezu ein herausragender Eckpfeiler und Leistungsträger der Riedenburger Kommunalpolitik. Wenn das die beiden Hugendicks noch nicht bemerkt haben sollten, ist nur zu vermuten, dass sie zwar schon vor 28 Jahren aus Köln abgereist, aber bis heute nicht wirklich in Riedenburg angekommen sind.